Danzig. Nach den vorläufigen Wahlergebnissen wurden im 2. Wahlkreise Westpreußen bisher gezählt für die Sozialdemokraten 176 454, Unabhängigen 27 588, Deutschen Demokraten 149 887, Christl. Volkspartei 73 797, Deutschnationale Volkspartei 111 054 Stimmen. Voraussichtlich werden entfallen auf die Sozialdemokraten 5, Unabhängigen 1, Deutsche Demokraten 3, Christl. Volkspartei 1, Deutschnationale Volkspartei 2 Sitze.

Königsberg. Es wurden für Mehrheitssozialdem. 112 679, Deutsche Demokraten 39 875, Deutschnat. Volksp. 38 983, Christl. Demokratische Volksp. 16 928, Demokratische Volksp. 14 012 und Unabh. Sozialdem. 6218 Stimmen abgegeben. — Die Wahlen für Tilsit (Land) ergaben: Mehrheitssoz. 11 102, Demokraten 4677, Unabh. 381, Deutsche Volksp. 647, Deutschnationale Volksp. 1617, Christl. Demokr. Volksp. 913. Es ist dabei zu bemerken, daß in den ländlichen Bezirken, welche sonst Hochburgen der Konservativen waren, die Mehrheitssozialisten in den meisten Fällen eine erdrückende Mehrheit erreichten.

Braunschweig (Stadt). Für den Rechtsblock wurden 16 474, für die Mehrheitssozialdem. 16 243, für die Deutschen Demokraten 16 200 und für die Unabh. Sozialdem. 26 335 Stimmen abgegeb. — Braunschweig (Land): Der Rechtsblock vereinigte 28 431, die Deutschen Demokraten 35 470, die Mehrheitssoz. 37 257, und die Unabh. Sozialdem. 30 616 Stimmen auf sich. Teilergebnisse stehen noch aus.

Karlsruhe. Im 33. Wahlkreise (Baden), sind, soweit bisher feststeht, gewählt: Von der Deutschnationalen Volksp.: Dr. Düringer, Minister a. D., Karlsruhe; von der Christlichsoz. Volksp.: Konstantin Fehrenbach, Rechtsanwalt und Stadtrat in Freiburg, bisher Präsident des Deutschen Reichstages, Dr. Zehnter, Oberlandesgerichtspräsident Karlsruhe, Erling, Gewerkschaftssekretär Karlsruhe, Dr. Wirth, Professor in Freiburg, Finanzminister Karl Diez, Rabolfzell; von der Deutschen Demokratischen Partei: Dietrich, Oberbürgermeister, Konstanz, Minister des Aeußeren Dr. Ludwig Haas, Rechtsanwalt, Karlsruhe, Arbeitersekretär Stock, Stadtverordneter, Heidelberg, Riedmiller, Holzarbeiter in Emmendingen.

Stuttgart. Die Wahlen sind, soweit bisher bekannt, in Württemberg ruhig verlaufen. Von bekannten Parlamentariern sind u. a. gewählt: v. Payer und Haußmann von der Demokratischen Partei, Gröber, Erzberger und Bolz vom Zentrum, Keil und Hildebrand von der Sozialdemokratie, Vogt vom Bauernbund. — Wahlkreis 31—32 (Württemberg — Sigmaringen). Deutsche Friedenspartei (Knapp) 3504 Stimmen, kein Sitz. Württemb.-Hohenzollern. Zentrumspartei (Gröber) 303 050, 4 Sitze. Württemb. Bürgerpartei, Württemb. Bauern- und Weingärtnerbund (Kraut) 189 511, 2 Sitze. Deutsche Demokratische Partei (v. Payer) 832 010, 4 Sitze. Sozialdemokraten (Keil) 470 316, 7 Sitze. Unabh. Soz. (Fetkin) 36 413, kein Sitz. Wahlberechtigte waren 1 500 900. Abgestimmt haben 1 331 486, davon ungültig 3681.

Mannheim. 27. Wahlkreis (Rheinpfalz): Zentrum 54 871, Unabhängige 553, Deutsche Volksp. 46 592, Sozialdemokraten 56 550, Deutsche Demokratische Partei 15 121.

Köln. Nach den vorläufigen Wahlergebnissen im 20. Wahlkreise wurden in der Stadt Köln abgegeben für die Sozialdemokraten 113 615, Zentrum 113 420, Deutsche Demokraten 33 864, Deutsche Volkspartei 8744, Unabhängige 4197 Stimmen. — In Aachen wurden abgegeben für das Zentrum 43 689, Sozialdemokraten 13 131, Deutsche Demokraten 7261, Deutsche Volkspartei 4058, Deutschnationale Volkspartei 1529, Unabhängige 636 Stimmen.

Oldenburg. Im 15. Wahlkreise (Osnabrück-Oldenburg) sind, soweit bisher feststeht, gewählt zwei Deutsche Demokraten, zwei Christl. Volksp., ein Deutsche Volksp. und zwei Sozialdemokraten.

Hamburg. Im Wahlkreise Hamburg-Bremen-Stade entfallen nach der bis gestern 12 Uhr mittags vorliegenden Zählung auf die verbundenen Listen der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen 426 324, auf die Demokraten 304 077, auf die verbundene Liste der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Partei, Zentrum usw. 108 262. Es entfallen nach dieser Schätzung sechs Sitze auf die Mehrheitssozialdemokraten und einer auf die Unabhängigen. Die Demokraten erhalten 3 Sitze, wovon zwei nach Hamburg und einer nach Bremen kommen. Die verbundenen übrigen Listen erhalten zwei Sitze, wovon einer auf die Deutsche Volkspartei und einer auf die Deutschnationale Partei in Hamburg fallen dürfte.

Die Wahlen im besetzten Gebiet. Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. David, ist von einer Wahlreise im besetzten Gebiet zurückgekehrt. Er erzählte über seine Erfahrungen, daß die Wahlbewegung im besetzten Gebiet sehr lebhaft gewesen sei, jedoch unter den schweren Behinderungen durch die Besatzungsbehörden gelitten habe.

Zur Lage.

Von der Friedenskonferenz. Reuter meldet aus Paris: Einige Deputierte auf der Friedenskonferenz drückten ihr Erstaunen darüber aus, daß auf dem Programm der Konferenz Fragen, wie der der Verantwortung für den Krieg, der Vorrang eingeräumt worden sei, während für wichtige Gegenstände, wie der Völkerbund und die Freiheit der Meere, nicht unter den zu erwägenden Punkten angeführt seien. Eine der Hauptpersonen wies darauf hin, daß diese Fragen darum keineswegs übersehen worden sind und daß man die Erörterung dieser Gegenstände auch nicht verschleppen wolle. Es würden keine Verzögerungen in dieser Hinsicht eintreten. Die auf dem Arbeitsprogramm stehenden Gegenstände sind verschiedenen Delegierten, die darüber sobald wie möglich Bericht erstatten werden, zugewiesen worden. In der Zwischenzeit kann die Konferenz selbst ihre ganze Aufmerksamkeit anderen Fragen, insbesondere dem Völkerbunde, zuwenden. — Der „Daily Mail“ zufolge wird der große Plan für einen Völkerbund in der nächsten Sitzung erörtert werden. Das Blatt schreibt: Wir glauben, daß viele Schwierigkeiten verschwinden werden, wenn der Plan geprüft werden wird. — Die Delegierten für die Friedenskonferenz des Königs von Nedschas werden der Konferenz einen Vorschlag zur Bildung einer großen Vereinigung aller arabischen Staaten vom Roten Meer bis zum persischen Golf unabhängig von türkischer Herrschaft und unter dem Schutze der Vereinigten Staaten vorlegen. — Aus Brüssel wird den Pariser Zeitungen gemeldet, der Finanzminister habe in der Deputiertenkammer erklärt, die Delegierten Belgiens würden verlangen, daß der Frage der Kriegsentschädigung Belgiens der Vorrang zugebilligt werde, damit die belgische Industrie schnell entschädigt werden könne. China wird auf der Friedenskonferenz die Rückgabe von Kiautschou, sowie eine Revision der Tibetfrages von Wei-Hai-Wei, ferner eine Regelung der Tibetfrage verlangen. — Trotzki hat der französischen Regierung seinen Wunsch übermittelt, drei Sondervertreter zur Pariser Konferenz entsenden zu dürfen. Die Erfüllung dieses Verlangens soll, da Wilson unter gewissen Voraussetzungen dafür ist, nicht aussichtslos sein.

Die künftige Reichsverfassung. Der gestern veröffentlichte Entwurf des allgemeinen Teiles der künftigen Reichsverfassung, worüber die Nationalversammlung zu beschließen haben wird, enthält u. a. folgende Bestimmungen: 1. Abschnitt. Das Reich und die deutschen Freistaaten. § 1. Das deutsche Reich besteht aus seinen bisherigen Gliedstaaten sowie aus den Gebieten, deren Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechtes Aufnahme in das Reich begehrt und durch ein Reichsgesetz aufgenommen werden. § 2. Alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volke. Sie wird in den Reichsangelegenheiten durch die auf grund der Reichsverfassung bestehenden Organe ausgeübt, in den Landesangelegenheiten durch die Freistaaten nach Maßgabe ihrer Landesverfassung. Das Reich erkennt das geltende Völkerrecht als bindenden Bestandteil seines eigenen Rechtes an. § 3. Reichsangelegenheiten und die Beziehungen zum Auslande, die Verteidigung des Reiches, die Zölle, der Handel einschließlich des Bank-, Börsen-, Münz-, Maß- und Gewichtswesens, das öffentliche Verkehrswesen, und zwar die Eisenbahnen, soweit sie bisher Staatsbahnen waren, die Binnenschiffahrt auf den mehreren deutschen Freistaaten gemeinsamen Wasserstraßen, der Post- und Telegraphenverkehr und der Verkehr mit Kraftfahrzeugen zu Lande und in der Luft. § 4. Der Gesetzgebung des Reiches unterliegen ferner u. a. die Staatsangehörigkeit, die Freizügigkeit, das Armenwesen, das Paßwesen, die Fremdenpolizei, die Ein- und Auswanderung, das bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren, das Arbeiterrecht, die Seeschiffahrt und die Bodengesetzgebung, das Preß-, Vereins- und Versammlungswesen, das Gesundheitswesen, das Versicherungswesen, Kirche und Schule im Rahmen der §§ 19 und 20. — Abschnitt 2. **Die Grundrechte des deutschen Volkes.** § 18. Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleichberechtigt. Alle Vorrechte oder rechtliche Nachteile der Geburt, des Standes, Berufs oder Glaubens sind beseitigt; ihre Wiederherstellung durch Gesetz oder Verwaltung ist verfassungswidrig. § 19. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen ist innerhalb der Schranken der Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung gewährleistet. Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden. Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung oder seine Zugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinschaft zu offenbaren. Die Behörden haben nicht das Recht, danach zu fragen. § 20. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Der Unterricht soll allen Deutschen gleichmäßig nach Maßgabe der Befähigung zugängig sein. § 28. Zur Wiederbevölkerung des platten Landes usw. ist im Wege umfassender Binnensiedelung die bestehende Grundbesitzverteilung in den Gebietsteilen zu ändern, in denen eine gesunde Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbesitz noch nicht besteht. § 29. Die fremdsprachlichen Volksteile innerhalb des Reiches dürfen durch Gesetzgebung und Verwaltung nicht in der ihnen eigenen volkstümlichen Entwickelung beeinträchtigt werden, insbesondere nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterricht sowie bei der inneren Verwaltung und der Rechtspflege innerhalb der von ihnen bewohnten Landesteile. — Abschnitt 3. **Der Reichstag.** § 30. Der Reichstag besteht aus zwei Häusern: dem Volkshause und dem Staatenhause. § 31. Das Volkshaus besteht aus den Abgeordneten des einheitlichen deutschen Volkes. Die Abgeordneten werden in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen von allen über 20 Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. § 32. Das Staatenhaus besteht aus den Abgeordneten der deutschen Freistaaten. § 33. Dabei entfällt grundsätzlich auf eine Million Landeseinwohner ein Abgeordneter. Kein deutscher Freistaat darf durch mehr als einem Drittel aller Abgeordneten vertreten sein. § 37. Die Wahlperiode dauert für beide Häuser drei Jahre. § 38. Niemand kann gleichzeitig Mitglied beider Häuser sein. — Abschnitt 4. **Der Reichspräsident und die Reichsregierung.** § 58. Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt. Wählbar ist, wer das 35. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens zehn Jahren Deutscher ist. § 59. Der Reichspräsident hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reiches Bündnisse und andere Verträge mit auswärtigen Mächten einzugehen, sowie Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen. Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgt durch Reichsgesetz. Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Reichstages. Sobald ein Völkerbund mit dem Ziele des Ausschlusses aller Geheimverträge beschlossen ist, bedürfen alle Verträge mit den im Völkerbunde vereinigten Staaten der Zustimmung des Reichstages. § 66. Der Reichspräsident wird im Falle der Verhinderung durch den Präsidenten des Staatenhauses vertreten. Dauert die Verhinderung voraussichtlich länger als drei Monate, so ist die Vertretung durch Reichsgesetz zu regeln. § 67. Das Amt des Reichspräsidenten dauert 7 Jahre. Wiederwahl ist zulässig. § 68. Die Reichsregierung besteht aus dem Reichskanzler und der erforderlichen Zahl von Reichsministern. § 69. Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt. § 70. Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Volkshauses. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm das Volkshaus das Vertrauen durch einen ausdrücklichen Beschluß entzieht. — Zu dem Entwurf der künftigen Reichsverfassung veröffentlicht Wolffs Telegraph-Büro einleitende Bemerkungen, in denen es heißt: Das deutsche Volk erhält zu seiner Entwickelung die freieste Verfassung der Welt: Staatliche Freiheit, politische Freiheit, persönliche Freiheit, Gewissensfreiheit. Die parlamentarische Demokratie, in der alle positive Gewalt vom Volkswillen ausgeht, soll die Regierungsform des Deutschen Reiches werden. Der Reichspräsident ist von Wahl und Wiederwahl des Parlaments unabhängig. Seine sämtlichen Regierungsfunktionen oder dann er nur unter der verantwortlichen Mitwirkung der von ihm ernannten jedoch vom Vertrauen des Parlaments abhängigen Reichsminister ausüben. Die Aufgabe der einzelnen deutschen Freistaaten wird die höchstpotenzierte Selbstverwaltung sein.

Die Sozialisierung des Bergbaues. Auf Grund der Verordnung vom 15. Januar 1919 betr. den Bergbau wurden zu Bevollmächtigten für das oberschlesische Kohlengebiet ernannt 1. Geh. Bergrat Buntzel in Breslau von der staatlichen Bergbauverwaltung; 2. Geh. Bergrat Hilger in Berlin von der Königs- und Laurahütte; 3. Gewerkschaftssekretär H. Löffer-Kattowitz.

Beschränkung der amerikanischen Truppen in Europa. Reuter meldet aus Washington: General March erklärte gegenüber amerikanischen Zeitungsvertretern, die in Frankreich und in den besetzten Gebieten befindlichen Truppen würden auf die notwendige Mindestzahl herabgesetzt werden.

Ein Sohn des englischen Königs †. Reuter meldet aus London: Prinz John, der jüngste Sohn des Königs, ist gestern abend verstorben. Er war Epileptiker.

Provinzialversammlung in Ostpreußen. Die Regierung hat angesichts der besonderen Verhältnisse in Ostpreußen eine Verordnung erlassen wegen Errichtung einer vorläufigen Provinzialversammlung. Mitglieder der Provinzialversammlung sind die in Ostpreußen gewählten Mitglieder der deutschen Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung.

Eine geplünderte Geburtstagsgesellschaft. Aus Berlin wird gemeldet: Nachts erschienen in der Wohnung des Juweliers Grützner in der Germanstraße, der mit etwa 20 Personen den Geburtstag seiner Braut feierte, 3 Matrosen und ein Feldgrauer und forderte die Gäste mit vorgehaltenen Pistolen auf, die Hände hoch zu nehmen. Dann durchsuchten sie jeden einzelnen, nahmen ihm das Geld sowie seine Papiere aus den Taschen und forderten Grützner auf, den Geldschrank zu öffnen, aus dem sie 300 ℳ entnahmen, sowie die darin befindlichen Papiere. Dann wurde die ganze Geburtstagsgesellschaft in ein Nebenzimmer geschickt. Während einer der Matrosen Grützner aufforderte, sich anzukleiden und ihm nach dem Polizeipräsidium zu folgen, warfen die Räuber, um unbehelligt zu entkommen, auf den Korridor der Wohnung eine Gasbombe. Die sich entwickelnden Gase veranlaßten die Gäste aus dem Fenster zu springen, wobei eine Frau einen Bruch des rechten Beines erlitt. An deren Gelde sind den Räubern ungefähr 2000 ℳ in die Hände gefallen.

Der internationale Gewerkschafts- und Sozialistenkongreß. Die Schweiz. Depeschenagentur erfährt, daß der Beginn des internationalen Gewerkschaftskongresses am 27. Januar im Volkshause zu Bern stattfinden wird. — Vom Organisationsausschuß des internationalen Sozialistenkongresses in Bern wird mitgeteilt: Der Organisationsausschuß hat bereits Ankunftsanzeigen von mehreren Delegationen erhalten. Die Engländer werden vorerst in Paris eine Besprechung mit den Franzosen haben, um die Teilnahme der Belgier an der Konferenz vom 27. Januar in Bern zu erreichen, und werden erst am nächsten Sonnabend in Bern eintreffen. Der englischen Delegation werden 10 Mitglieder angehören, darunter Henderson und Thomas. Die französische Deputation wird vor allem umfassen den früheren Munitionsminister Thomas, die Deputierten Renaudel, Longuet und Cachin. Die sozialdemokratische Partei Deutsch-Oesterreichs bestimmte drei Delegierte, darunter Seitz und Ellenbogen. Es ist nicht sicher, ob der Minister des Aeußeren Bauer nach Bern kommen kann. Die tschechische sozialdemokratische Partei hat von jeder der drei Richtungen einen Vertreter abgeordnet.

Die frühere Kaiserin hat den Wunsch geäußert, aus Holland zurückzukehren und zukünftig bei ihren Söhnen und Enkelkindern in Potsdam bleiben zu dürfen. Als Wohnung soll man die Villa Alexander am Pfingstberg ausersehen haben.

Ein englisches Blatt gegen die Blockade. „Manchester Guardian“ schreibt: Die Fortsetzung der Blockade schädigt den englischen Geschäftsmann, den englischen Arbeiter und Soldaten. Wir in Manchester wissen das leider allzu gut. Unsere Kaufleute und Industriellen, die nicht wissen, daß die feindlichen Staaten kaufen, sind nicht imstande, den Preislauf zu beurteilen und Geschäfte abzuschließen.

Der schwedische Sozialistenführer Branting hatte gestern abend in seinem Hotel in Berlin eine längere Unterredung mit dem Obersten Reinhardt, dem Kommandeur des Freiwilligenregiments. Bei der Unterhaltung wurden alle Fragen des Augenblicks gestreift, u. a. die Notwendigkeit der Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen, die Verweigerung der Rückgabe der deutschen Gefangenen durch die Entente, die neuerdings von Foch verlangte ungeheure Abgabe von landwirtschaftlichen Geräten, die Rückgabe der deutschen Kolonien und die Einbrüche in deutsches Gebiet. Branting hat sich durch persönlichen Augenschein davon überzeugt, daß sich die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung in Berlin in vollkommener Ruhe vollzogen haben.

Ein jüdisches Palästina. Wie das jüdische Pressebüro in Stockholm meldet, hat Präsident Wilson den Zionistenführer Weitzmann empfangen und ihm in längerer Unterredung versichert, daß er die Errichtung eines territorial vollständigen und ungefesselten jüdischen Palästinas unterstützen werde. Der Pariser Temps-Korrespondent drahtet gleichzeitig, daß die Zionistensache in den letzten Tagen bedeutende Fortschritte gemacht habe.

Lebensmittel der Entente für Darmstadt. Wie bekannt geworden, erhielt Darmstadt als erste der deutschen Städte Lebensmittel aus Amerika. Es sind dort 15 Eisenbahnwagen mit Kaffee, Reis, Schokolade, Konserven und Speck eingetroffen. Diese Waren werden teils Lazaretten überwiesen, teils kommen sie für die Bevölkerung zu mäßigen Preisen zur Verteilung. Weitere Lebensmittel sollen sogleich nach Abschluß des Präliminarfriedens nach Deutschland gelangen, wenn die Lage des Landes es dringend erfordert. In den an Deutschland grenzenden neutralen Ländern sollen zu diesem Zwecke große Vorräte von Lebensmitteln gelagert und in Deutschland selbst Stapellager errichtet werden, hauptsächlich entlang der neutralen Zone, um bei Gefährdung die Waren rasch zurücknehmen und schützen zu können. Die Versorgung soll jeweils auf 1 bis 3 Monate erfolgen.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 21. Januar 1919.

—* **Protest** gegen weitere Zurückhaltung der Kriegs- und Zivilgefangenen in den feindlichen Ländern. Leider konnten noch keine befriedigenden Versicherungen über die Heimkehr unserer armen Gefangenen erreicht werden. Doch hoffen wir, daß es uns mit Hilfe der Organisationen der neutralen Staaten und vielleicht der feindlichen Presse gelingt, eine baldige Freilassung unsrer armen Gefangenen zu erreichen. Es sind bereits 1600 Stimmen aus Riesa und Umgegend erklungen, die Protest erheben, aber es sollten sich noch mehr Angehörige Gefangener und andere Menschenfreunde finden, die bereit wären, die Kundgebung zu unterzeichnen und dadurch mitzuhelfen, unsren armen gefangenen Brüdern ihre Leidenszeit zu verkürzen. Die Liste zur Unterzeichnung liegt in der Ortsstelle vom Roten Kreuz, Goethestraße, Knabenschule bis einschließlich Freitag, den 24. ds., vorm. von 9—12 Uhr aus.

—* **Opern-Gastspiel** am Sonnabend in Höpfners Saal. Es gelangt eine der reizvollsten komischen Opern, unstreitig ein musikalisches Meisterwerk: „Die lustigen Weiber von Windsor“ durch die Petrenz-Oper zur Aufführung mit vollem Orchester. Besonders in der meisterhaften Instrumentation der Nicolai'schen Partitur liegt der Wert dieses in seiner Art einzig dastehenden Werkes. Direktor Petrenz wird die Aufführung persönlich dirigieren und erste Dresdner Künstler werden in den Hauptpartien mitwirken.

—* **Amtliche Beschaffung der landwirtschaftlichen Maschinen** zur Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen. Um die geforderten landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, 400 Dampfpflugsätze, 6500 Sämaschinen, 6500 Düngerstreumaschinen, 6500 Einscharpflüge, 6500 Brabantypflüge, 12 500 Eggen, 6500 Messereggen, 2500 Stahlwalzen, 2500 Großtillwalzen, 2500 Kraftmähmaschinen, 2500 Heuwender, 3000 Bindemäher, in kürzester Frist beschaffen zu können, werden hierdurch alle Fabriken und Handlungen, die unter Berücksichtigung des dringendsten einheimischen Bedarfs verfügbare Bestände dieser Maschinen neu oder gebraucht in tadellosem Zustande besitzen, aufgefordert, telegraphisch bis zum 22. ds. Mts. zu melden mit Bindung an Preis und Lieferzeit: a.) Konstruktion, Fabrikat und Preis ab Fabrik bezw. ab Lager einschließlich des nötigen Zubehörs, lieferbar ab 1. März 1919, b) Zahl und Preis ab Fabrik bezw. ab Lager der nach ihrer Ansicht für eine Gebrauchsdauer von 18 Monaten notwendigen und vorhandenen Ersatzteile pro Maschine, lieferbar ab 1. März 1919, c) Möglichkeit weiterer Lieferungen ab a) und b) am 1. April 1919, 1. Mai 1919, 1. Juni 1919. Die Depeschen sind zu richten an den Fachausschuß für die Maschinenindustrie, Charlottenburg, Schillerstraße 10, wohin auch sofortige schriftliche Bestätigung mit Katalogen und Abbildungen zu senden sind. Deutsche Waffenstillstandskommission. Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

—* **Abbau der Einfuhrzentralisation für Gemüse und Obst.** Nachdem der Kriegszustand tatsächlich beendet ist und in absehbarer Zeit mit einer Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zum feindlichen Auslande in gewissem Umfange gerechnet werden kann, hat sich das Reichsernährungsamt auf Vorschlag der Reichsstelle für Gemüse und Obst entschlossen, mit dem Abbau der Einfuhrzentralisation für Gemüse und Obst zu beginnen. Bis auf weiteres muß die Freigabe der Einfuhr an den Handel auf frisches Obst und frisches Gemüse, und zwar auf Frühware und auf frische Südfrüchte, nämlich Apfelsinen, Mandarinen, Pomeranzen, Zitronen und Bananen beschränkt bleiben. Ob auch die Spätgemüse- und Kartoffelsorten zur